



## ENTSCHLIESSUNG Nr. 22) Handel

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

### BESCHLIESST,

- Sich gemeinsam mit anderen internationalen Branchengewerkschaften, Mitgliedsgewerkschaften und Verbündeten aus der Zivilgesellschaft gegen internationale Handelsabkommen zu wehren, die auf globaler Ebene die Finanzierung und Erbringung öffentlicher Dienstleistungen gefährden;
- Gemeinsam mit anderen internationalen Branchengewerkschaften, Mitgliedsorganisationen und der Zivilgesellschaft Handelsabkommen mit Ländern zu bekämpfen, die systematisch Menschen- und Gewerkschaftsrechte verletzen;
- Mit internationalen Branchengewerkschaften, Mitgliedsgewerkschaften und Verbündeten aus der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, die gegen das in der Region Asien-Pazifik zurzeit ausgehandelte *Trans-Pacific Partnership Agreement* (TPP) sind;
- In besonderer Weise Gewerkschaften im globalen Süden zu unterstützen, die gegen das TPP und andere bilaterale und multilaterale Handelsabkommen Stellung beziehen;
- Mit europäischen Gewerkschaften, Verbündeten in der Zivilgesellschaft in Europa und fortschrittlichen Mitgliedern des Europäischen Parlaments gegen das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) vorzugehen.

### BEGRÜNDUNG:

- Internationale Handelsabkommen wie TPP und CETA werden zurzeit im Schnellverfahren und ohne Beteiligung der Öffentlichkeit verhandelt;
- Diese Abkommen beeinträchtigen die Entscheidungsbefugnis lokaler Körperschaften und nationaler Regierungen und ebnen privaten Unternehmen den Zugriff auf öffentliche Dienste mit dem Ergebnis der Privatisierung existenzsichernder öffentlicher Dienste;
- Privatisierung ist gleichbedeutend mit einem Zugang zu öffentlichen Diensten, der nicht mehr nach dem Gleichheitsgrundsatz erfolgt - zum Schaden der am stärksten benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaften;
- Privatisierung und Profitdenken der Unternehmen führen zu einer Verteuerung der Erbringung öffentlicher Dienste und mindern die Qualität der erbrachten Leistungen;
- In zahlreichen Ländern weltweit ignorieren internationale Handelsabkommen Menschenrechtsverletzungen gegen Gewerkschaftsmitglieder, MenschenrechtsaktivistInnen und indigene Bevölkerungsgruppen; in vielen Fällen verschärfen sie sogar diese Übergriffe;
- Mit europäischen und kolumbianischen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, um das EU-Kolumbien Freihandelsabkommen wegen der schwerwiegenden Verletzungen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Kolumbien und wegen der Bedrohung, welche dieses Abkommen für die öffentlichen Dienste im Land darstellt, zu bekämpfen.

Hier können alle [Kongressentschließungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.